

Vorwort

Am 9. Februar 2012 schrillten die Alarme in den Schaltzentralen der deutschen Übertragungsnetzbetreiber. Der Strombedarf war jahreszeitlich bedingt hoch, die Kraftwerke liefen auf Hochtouren, die eingespeiste Leistung von Solar- und Windkraftanlagen lag bei null. Wegen der Abschaltung von Kernkraftwerken genügte die vorhandene Leistung der aktiven Kraftwerke nicht mehr, alle alten und ineffizienten Kohlekraftwerke wurden in Betrieb genommen, für die Spitzenlast sollten die Gaskraftwerke dienen. Aber der Fluss der russischen Gaslieferungen durch die Ukraine war heruntergefahren, es war nicht ausreichend Gas verfügbar. Kurzzeitig wurde entschieden, ein mit Erdöl betriebenes Kraftwerk anzuwerfen. Der bereits in greifbarer Nähe gerückte Blackout wurde gerade noch vermieden. Die Folgen wären nicht auszudenken gewesen: Stillstand der Industrieproduktion, Zusammenbruch des Verkehrs, Ausfall der Heizungen, der Telefone und der Wasser- und Nahrungsmittelversorgung.

Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland wurde im Sommer 2011 im Eiltempo beschlossen. Unter dem Eindruck der Havarie im Kernkraftwerk Fukushima reagierte die politische Führung mit einer

Kehrtwende in der bisherigen Energiepolitik. Ein Aufatmen ging durch das Land, schien es doch, dass damit nicht nur das lästige Problem der Kernenergie beseitigt, sondern auch die Zukunft der Energieversorgung gesichert sei. Wind und Sonne sollten die ausfallende Kraftwerksleistung ersetzen. Und die Sonne schickt uns keine Rechnung. Wir können also dieses Problem vergessen und uns anderen Fragen zuwenden.

Erst nach einigen Monaten zeigte sich, dass der in Eile beschlossenen Energiewende gar kein Plan zugrunde lag, sondern eher eine spekulative Hoffnung, alles möge gut gehen und der Markt werde es mit genügend Subventionen schon richten. Dass noch gewaltige Hindernisse vor uns liegen, wurde in der Euphorie der „alternativlosen“ Aktion verdrängt. Und ein Großteil dieser Hindernisse liegt in uns selbst, im Egoismus des Bürgers, der dem St.-Florians-Prinzip huldigt. Wir wollen alle den Strom aus erneuerbaren Energien, aber bitte keine Hochspannungsleitungen in meiner Nähe, keine Pumpspeicherkraftwerke in den Mittelgebirgen, keine stinkenden Biogasanlagen, keine geräuschvollen Windräder auf den Hügeln, keine Kohlekraftwerke zum Ersatz der Wind- und Solarenergie während der wind- und sonnenlosen Zeiten, keine teuren Gaskraftwerke. Und natürlich wollen wir auch unseren Stromverbrauch nicht einschränken, sondern erweitern, um alle Handys, Laptops, Rechner, Wärmepumpen, Elektroautos, Verkehrsampeln, Expresszüge, Straßenbahnen, Straßenbeleuchtungen, Röntgengeräte und Kernspintomographen in Betrieb zu halten.

Wenn wir unseren hohen Lebensstandard mit hohem Stromverbrauch halten wollen, nachdem wir ein Viertel

unseres Kraftwerkspotenzials abgeschaltet haben, brauchen wir aber alle diese technischen Anlagen in unserem Land: Windräder an der Küste, auf hoher See und auf den Bergeshöhen, wo der Wind weht, Hochspannungsleitungen von der Küste in die südlichen Bundesländer, neue Stauseen und Pumpspeicher, neue effiziente Kohle- und Gaskraftwerke, neue Materialien für die Photovoltaik. Wir erhöhen die Strompreise durch Subventionen für die teuren Photovoltaik- und Windkraftanlagen, aber die energieintensiven Industrien sollen doch bitte nicht das Land verlassen und auswandern. Denn sie bilden unsere industrielle Basis und beschäftigen hundertmal mehr Menschen als die Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien. Bei den vier überregionalen Energieversorgern wurden Milliardenwerte durch den Regierungsbeschluss vernichtet, was einer teilweisen Enteignung entspricht. Sie haben zwar die Bundesregierung auf Schadenersatz verklagt, aber die Verluste sind immens. Deshalb können sie den Umbau der Stromerzeugung und den Ausbau der Netze nicht mehr finanzieren. Vielleicht übernehmen ausländische Unternehmen die Aufgabe.

Der Ausstiegsbeschluss war mit heißer Nadel gestrickt. Ein realistischer Plan für den Umbau fehlt. Für die Umstellung unserer gesamten Stromversorgung und damit unserer Wirtschaft ist der Zeitraum von zehn Jahren unrealistisch kurz. Es fehlt eine belastbare empirische Begründung, die die Fragen der Versorgungssicherheit, der Finanzierbarkeit, der Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit behandeln müsste. Diese Wende droht an ihren Widersprüchen zu scheitern.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, sagte am 17. April 2014 in einer Rede bei der Solarfirma SMA in Kassel:

-Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht.-Die Wahrheit ist, dass wir auf allen Feldern die Komplexität der Energiewende unterschätzt haben.-Für die meisten anderen Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte.

-Wir haben eine Überförderung von 23 Milliarden Euro für erneuerbare Energien jedes Jahr. Davon sind 50 Prozent für Solar, die aber nur 4–5 Prozent zu den erneuerbaren Energien beitragen.

-Kein Land in Europa gibt jährlich 23 Milliarden Euro zur Förderung der erneuerbaren Energien aus.

Im November 2014 beklagte der Minister dann „irre Zustände“ bei der Energiewende, für die er verantwortlich ist. Das sei „eine Karnevalsveranstaltung“, über die die österreichischen Kollegen vor Lachen nicht in den Schlaf kämen. Selten hat ein Bundesminister so passende und klare Worte für ein verunglücktes politisches Projekt gefunden. Und selten hat ein Bundesminister so wenig getan, um das Projekt zu beenden oder wenigstens in vernünftige Bahnen zu lenken. Diesen Erkenntnissen folgte keine wirkliche Reform des ursächlichen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, sondern nur eine winzige Korrektur, die den Subventionsempfängern nicht weh tut. Ungeklärt bleibt weiterhin, wie ein großflächiger Stromausfall in windstillen Nächten vermieden werden kann, wenn weitere Grundlastkraftwerke stillgelegt werden. Der Umbau wird nur gelingen, wenn das

planwirtschaftliche EEG grundlegend reformiert oder ganz abgeschafft und durch marktwirtschaftliche Mechanismen ersetzt wird. In einer großen Anstrengung muss der Gemeinsinn den Vorrang vor den Einzelinteressen der Subventionsempfänger und den Egoismen der Regionalpolitiker bekommen. Die Energieversorgung muss dem Wohl des Ganzen dienen und dem Industriestandort Deutschland nutzen. Ein Blackout wäre eine Katastrophe für das ganze Land, er muss unter allen Umständen vermieden werden.

Davon soll dieses Buch handeln.

Risiko Energiewende

Wege aus der Sackgasse

Kleinknecht, K.

2015, XIII, 251 S. 27 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-662-46887-6